

partei Deutschlands bereits Anfang- 1957 mit dem Vorschlag auf *Bildung einer Konföderation* der beiden deutschen Staaten mit dem Ziel der Wiedervereinigung gewiesen. Inzwischen hat der Gedanke, Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu führen, und der Vorschlag auf Konföderation auch in Westdeutschland und im Ausland großen Anklang gefunden. Darum wurde im Januar 1959 auf der 4. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands dieser Vorschlag zur Wiedervereinigung ausführlich erläutert.

Die Überlegung, die im „Deutschlandplan“ des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hinsichtlich der Einberufung einer gesamtdeutschen Konferenz enthalten ist, entspricht in ihrem Wesen dem Vorschlag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands über die Bildung eines Gesamtdeutschen Rates.

Es ist jedoch notwendig, klar auszusprechen, daß die Grundfrage der Wiedervereinigung lautet:

*Was für ein Deutschland soll geschaffen werden? Welchen Charakter soll das zukünftige Deutschland haben?*

Die Abschnitte über die zweite und dritte Stufe des „Deutschlandplanes“ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands enthalten leider keine Aussage über den Charakter des gesamtdeutschen Staates, den die SPD erstrebt. Vieles in diesen Vorschlägen deutet auf eine Wiederholung der Fehler der Weimarer Republik hin, die letzten Endes den Weg zu Faschismus und Krieg ermöglichten. Die Lehren der Geschichte besagen, daß nunmehr eine feste Grundlage für ein friedliebendes Deutschland geschaffen werden muß.

Angesichts der bitteren Erfahrungen aus dem ersten Weltkrieg und nach den Erfahrungen der westdeutschen Bevölkerung nach dem zweiten Weltkrieg genügt es nicht, allgemein von Demokratie oder „sozialpolitischer Anpassung“ zu sprechen. Weder kann die autoritäre Herrschaft der militaristisch-klerikalen Kräfte in Westdeutschland als Demokratie angesprochen werden, noch kann allgemein von einer „Anpassung“ auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung die Rede sein. Die werktätige Bevölkerung in Westdeutschland bringt immer mehr zum Ausdruck, daß sie sich ähnliche Rechte wünscht, wie sie die Werk tätigen in der Deutschen Demokratischen Republik besitzen. Die Werk tätigen Westdeutschlands verstehen sehr gut, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, daß die sozialen Errungenschaften in der Deutschen Demokratischen Republik nicht angetastet werden dürfen.